

RESOLUTION

Die österreichische Ärzteschaft ist auf das Äußerste alarmiert über aktuelle gesundheitspolitische Entwicklungen, die zu wesentlichen Verschlechterungen für die Patientinnen und Patienten führen. Ein wachsender Trend zur Verbürokratisierung des Gesundheitssystems und zur Rationierung von Gesundheitsleistungen erschwert in unzumutbarer Weise die bereits jetzt grenzwertigen Arbeitsbedingungen für Ärztinnen und Ärzte in Spital oder Praxis.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Österreichischen Delegiertentages am 23.6.2006 fordern von der verantwortlichen Gesundheitspolitik daher:

1. Einen sofortigen Stopp des Administrations- und Bürokratiewahns sowohl im Spital als auch im niedergelassenen Bereich. (Mehr Zeit für den Patienten)
2. Den sofortigen Stopp von Einschränkungen durch staatliche Maßnahmen und die Sicherung der ärztlichen Freiheit in Diagnose und Therapie im vitalen Interesse der Patientinnen und Patienten. Die verantwortlichen Politiker werden daher aufgefordert, das Gesundheitswesen mit den Ärztinnen und Ärzten als Partner zu gestalten, um die hohe Qualität zum Wohle der Patienten zu gewährleisten.
3. Die Sicherung und den Ausbau der medizinischen Leistungen im niedergelassenen Bereich zur Optimierung der Zusammenarbeit mit den Spitälern.
4. Ein klares Bekenntnis zur Spitzenmedizin.
5. Den Stopp jeglicher Art von Leistungskürzungen auf allen Ebenen.
6. Eine umgehende Ausbildungsinitiative und eine verbindliche Zusage des zuständigen Ministeriums zur Lehrpraxisfinanzierung.
7. Mehr öffentliche Mittel für das Gesundheitssystem, um den Trend zur Zweiklassenmedizin zu brechen.
8. Die strikte Einhaltung der gesetzlichen Arbeitszeitbestimmungen in den Spitälern.

Zusätzlich wenden sich die Delegierten vehement gegen eine Gesetzgebung, welche die ärztliche Tätigkeit behindert und die Ärztinnen und Ärzte gegenüber anderen Berufsgruppen massiv benachteiligen.